

Kurzbericht

„Die Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in Afghanistan: Erfolge, Misserfolge und Lessons Learned zivil-militärischer Zusammenarbeit“, Studientag von Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, BICC und INEF am 16.6.2007 in Bonn

So genannte Provincial Reconstruction Teams (PRTs) sind in mehreren Krisengebieten weltweit, besonders aber in Afghanistan, Experimentierfelder der so genannten „zivil-militärischen Zusammenarbeit“. Entwicklungspolitische Organisationen und die Bundeswehr versuchen gemeinsam, an der Stabilisierung und dem Wiederaufbau Afghanistans in Kundus auf der Grundlage eines speziell deutscherseits entwickelten Konzeptes eines PRT mitzuwirken. Diese Arbeit und Zusammenarbeit mit den verschiedenen zivilen Organisationen stand im Mittelpunkt eines Studientages. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung in Kooperation mit dem Bonn International Center for Conversion (BICC) und dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen hatten dazu nach Bonn eingeladen. Eingeleitet wurden die intensiven Diskussionen mit der Vorstellung einer Desk-Study von Tanja Hausmann und Christoph Weller (INEF), die über 40 Studien und Analysen zu den Erfolgen und Misserfolgen der PRTs in Afghanistan ausgewertet haben. Vorgetragen wurden die Ergebnisse sowohl im Hinblick auf das (Nicht-) Funktionieren der zivil-militärischen Zusammenarbeit als auch zu den Wirkungen der PRTs in den Bereichen Sicherheit und Stabilisierung, Wiederaufbau und Institution Building (Demokratie, Polizei, Rechtsstaatlichkeit).

Kommentiert wurden die sehr kritisch ausfallenden Schlussfolgerungen der Studie anschließend von wissenschaftlicher und militärischer Seite sowie aus Sicht zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in Afghanistan tätig sind. Die über 30 Teilnehmenden steuerten zumeist aus eigenen Erfahrungen in Afghanistan sehr fundierte Diskussionsbeiträge aus unterschiedlichen Perspektiven bei, die teilweise auch zu kontroversen Debatten führten. Dabei kam ein sehr facettenreiches und zugleich außerordentlich ernüchterndes Bild der Wirklichkeit der PRTs in Afghanistan zustande:

Das von Deutschland geführte PRT Kundus im Norden Afghanistans wird von drei Bundesministerien koordiniert: dem Bundesministerium für Verteidigung (BMVg), dem Auswärtigen Amt (AA) und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das BMZ ist mit seinem *know how* erst nach den beiden „Gründungsministerien“ in den Verbund gekommen. Die Ziele des PRT Kundus sind nicht vom Bundeskabinett im Einzelnen festgelegt worden, obwohl es sich wesentlich von den anderen, insbesondere von den von den USA geführten PRTs in Konzept und Vorgehensweise unterscheidet. Die späte Beteiligung des BMZ erwies sich als eine der strukturellen Ursachen der Kritiken, die von allen Teilnehmenden am deutschen PRT geäußert wurden: Eine mangelnde konzeptionelle und finanzielle Kohärenz begünstigt die schwache oder gar nicht feststellbare Effizienz für das Land Afghanistan in den drei geprüften Bereichen – außer den noch stärker wirkenden landesübergreifenden und regionalen politischen Faktoren.

Sicherheit und Stabilisierung für die Region stellte sich nicht in dem erwarteten Umfang ein. Um des Schutzes der Soldaten und Soldatinnen willen musste das ursprüngliche an offener Präsenz der Bundeswehr orientierte Konzept wegen der verschlechterten Sicherheitslage mit negativen Folgen für die Wahrnehmung des PRT in der afghanischen Öffentlichkeit und für die nichtmilitärischen Hilfsorganisationen verändert werden. Der Eigenschutz der Bundeswehr in Form der Abschottung im Camp hat weiter zugenommen, worunter das militärische Ziel, und auch das Bemühen der zivilen ausländischen Kräfte leidet, das Vertrauen der Bevölkerung (*hearts and minds*) zu gewinnen.

Zum Thema „Wiederaufbau“ waren die engagierten „Quick-Impact-Projekte“ der NATO-Soldaten und Soldatinnen zentraler Gegenstand entwicklungspolitischer Kritik, weil diese oft nicht an den lokalen Bedürfnissen, Gegebenheiten und dem Primat der *local ownership* ausgerichtet waren (Kritik u.a. an kurzer Verweildauer des militärischen Personals, mangelhaften Sprachkenntnissen und interkultureller Inkompetenz). Der Provincial Development Fund (PDF) wäre auch ohne Beteiligung der Bundeswehr funktionstüchtig. Die Bevölkerung unterscheidet außerdem immer weniger zwischen Militärs und Nichtmilitärs und zwischen Kampf- und Schutztruppen.

Das Institution Building durch Demokratieförderung, der Aufbau von Polizei und Rechtsstaatlichkeit etc. leiden unter der Korruptionsanfälligkeit angesichts zu niedriger Gehälter der einheimischen Polizei, Sicherheitskräfte und Verwaltungsbeamten.

Fazit der offenen und kontroversen Debatte: Das deutsche PRT wird in der deutschen Öffentlichkeit bezüglich seiner Leistung überbewertet. Es wird den Anforderungen an einen notwendigerweise vorrangig zivilen Aufbau Afghanistans gegenwärtig nicht gerecht. Die Grenzen des Einsatzes von Militär werden auch am Modell des deutschen PRT deutlich. Der finanzielle Aufwand ist im Verhältnis zu den Aufgaben der zivilen Kräfte nicht angemessen. (Dem PRT Kundus standen im Jahre 2004 15 Mio. Euro für die Entwicklungszusammenarbeit und 80 Mio. Euro für die militärischen Aufgaben zur Verfügung, Im Jahr 2006 setzte Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit in ganz Afghanistan 80 Mio. Euro, für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aber weit über 350 Mio Euro ein.).

Notwendig zur Vermeidung von Fehlentwicklungen wäre von Anfang an eine klare und detaillierte Definition der Ziele für den Sicherheits-, Entwicklungs- und Institution-building-Bereich und eine unabhängige Monitoring Kommission gewesen, zusätzlich eine fachgerechte Evaluation. Es bleibt Aufgabe der Öffentlichkeit, auf die verantwortliche Politik dahingehend einzuwirken, dass, wenn überhaupt, militärische Kräfte in Afghanistan nur sinnvoll eingesetzt werden, nicht zerstörend, sondern schützend und afghanische Sicherheitskräfte aufbauend. Die Koordination auf der Landesebene in Afghanistan zwischen der Regierung Karzai, den Vereinten Nationen und der ISAF sowie den nichtmilitärischen Kräften ist ebenso unzureichend wie die Koordination zwischen den zentralen und lokalen staatlichen und zivilen Kräften. Es mangelt an Kooperation auf allen Ebenen, auch bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit der deutschen Akteure in Afghanistan.

Im Hinblick auf die sich verschlechternde allgemeine Sicherheitslage in Afghanistan steht zur Diskussion, ob und welche Wege es gibt, gegen aufkommenden Fatalismus eine Exit-Strategie zu finden und konstruktiv zu kommunizieren.

Die bei diesem Studientag vorgestellte INEF-Studie wird im Laufe des Sommers in Zusammenarbeit mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung als Broschüre veröffentlicht.

Bad Honnef, 29.6.2007 *Ulrich Frey*